

An der Hand des Großen Bruders

Die Wirtschaft nimmt immer mehr Einfluss
auf Gewerkschaften und Politik

Von Pat Christ

In ihrer im August veröffentlichten, „Verantwortliches Handeln in der Sozialen Marktwirtschaft“ überschriebenen Vereinbarung bekunden der Bundesarbeitsgeberverband Chemie (BAVC) und die Chemie-Gewerkschaft IG BCE ihre Bereitschaft zur Kooperation. „IG BCE und BAVC setzen sich für ein neues gesellschaftliches Gleichgewicht ein, das auf der Akzeptanz von ökonomischen, sozialen und ökologischen Bedürfnissen beruht“, heißt es in der Präambel. Das klingt verheißungsvoll. Und weckt immenses Misstrauen.

Wie dünn der Belag der Gemeinsamkeit ist, mit der die neue Sozialpartnerschaft überzogen wurde, zeigt sich besonders gut am Beispiel des Chemiekonzerns „Bayer“. Dort, beklagt die Elberfelder Betriebsratsgruppe „Belegschaftsliste“, „diktiert die Gier im oberen Management fast sittenwidrige Vorgaben“. Zwar freute sich der Konzern 2007 erst über einen sensationellen Gewinn von mehr als 4,7 Mrd. Euro. Das war fast das Dreifache des Jahres 2006. Dennoch muss nun drastisch gespart werden, denn der Konzern befürchtet Einbußen. Unter anderem, weil ihm 2007 vom Bundesinstitut für Arzneimittel verboten wurde, das gefährliche Herzmittel Trasyolol® weiter zu verkaufen. Jährlich verdiente Bayer bisher rund 150 Mio. Euro mit diesem Antifibrinolytikum.

Das Beispiel zeigt, von wie geringem Belang in Wirklichkeit „soziale Bedürfnisse“ wie die Gesundheit der Men-

schen für die Chemie-Branche sind. Im Oktober 2007 wurde das bei Herzoperationen eingesetzte Mittel in Kanada von über 100 Herzchirurgen bei einer Studie mit über 2.300 Patienten getestet. Es ergab sich, dass die mit Trasyolol® behandelten Patienten gegenüber den mit anderen Mitteln Operierten ein um über 50% höheres Sterblichkeitsrisiko hatten.

In einem Interview mit dem US-Fernsehsender CBS kritisierte der amerikanische Mediziner Dr. Dennis Mangan, dass 22.000 Patienten noch am Leben sein könnten, hätte Bayer das Mittel schneller vom Markt genommen. Mangan hatte bereits 2006 auf die Gefährlichkeit des Antifibrinolytikums hingewiesen.

Dass es nicht weit her ist mit der „Akzeptanz“ ökologischer Belange und des Bedürfnisses der Menschen nach einer sauberen Umwelt, zeigten auch die Auseinandersetzungen um die EU-Chemikalienverordnung REACH. „Niemals zuvor wurde so viel Lobbyarbeit für ein Gesetz betrieben“, kommentierte Greenpeace-Sprecherin Corinna Hölzel die Entscheidung über die Richtlinie Ende 2006. Die Chemieindustrie hatte erreicht, dass nicht, wie ursprünglich geplant, 100.000, sondern nur noch 30.000 bislang ungeprüfte Chemikalien untersucht werden müssen. Mit REACH bleiben laut Greenpeace „krebserregende, die Fruchtbarkeit beeinträchtigende und hormonell wirksame Chemikalien erlaubt, wenn

die Hersteller behaupten, sie ‚angemessen zu kontrollieren‘“.

Belanglos sind die Beteuerungen der Chemie-Industrie, es ginge ihr um „werteorientiertes Verhalten in der Wirtschafts- und Arbeitswelt“, für den von Philipp Mimkes geleiteten Verein „Coordination gegen BAYER-Gefahren“. Immer stärker arbeiten Mimkes zufolge multinationale Konzerne wie „Bayer“ auf der Basis derartiger Versprechungen mit internationalen Institutionen zusammen: „Erstmals wurden Konzerne bei der Vorbereitung des Weltgipfels von Rio als gleichberechtigte Partner behandelt. So setzte sich die neoliberale Sichtweise durch, nach der freie Märkte und Wirtschaftswachstum eine Voraussetzung von nachhaltiger Entwicklung sind.“ Garantieren könne die Industrie ein solches Wachstum natürlich nur, wenn sie unbehelligt von Staaten arbeiten kann....

Belastbare Zahlen fehlen im Sozialpartnerschaftspapier von BAVC und IG-BCE. Dafür gibt es reihenweise unbewiesene Thesen. Zum Beispiel: „Unternehmerischer Erfolg, der von nachhaltig handelnden und wettbewerbsfähigen Unternehmen erzielt wird, ist Bedingung für Innovationen, Investitionen und Arbeitsplätze.“ Zahlen und Fakten liefern andere. Zum Beispiel, was wiederum DAX-Mitglied „Bayer“ angeht, der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN) und der Deutsche Berufs- und Erwerbsim-

kerbund. Den drei NGO's zufolge erzielte Bayer 2007 mit den Insektengiften Imidacloprid und Clothianidin einen Umsatz von 793 Mio. Euro – und tötete nach Analysen der Imker damit rund 330 Millionen Bienen.

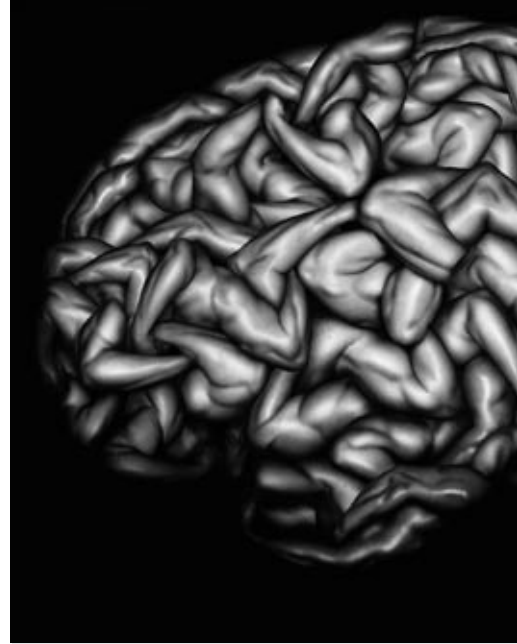
Solche Vorkommnisse scheinen die Partnerschaft zwischen BAVC und IG BCE nicht zu belasten. Wobei die Gewerkschaft ohnehin hinter Pestiziden steht. „Hochgezüchtete Sorten sind auf ständigen Pestizideinsatz angewiesen“, heißt es in der bunten Broschüre „Chance für Mensch und Umwelt“, in der die Gewerkschaft unkritisch für Gentechnologie wirbt. Weiter ist zu lesen: „Wer die Bio- und Gentechnologie kompromisslos ablehnt, entscheidet sich gegen den Fortschritt und das können und wollen wir uns nicht leisten.“ Kein Wort davon, dass bislang kaum Langzeituntersuchungen über die Risiken von Gen-Pflanzen vorliegen. Oder dass Pollen des gentechnisch veränderten Mais MON180 Felder im Radius von einem Kilometer um das Anbaugelände herum verseuchen können.

Es wäre besser, gewinnorientierte Konzerne würden das Volk nicht weiter mit ihrem angeblichen Gutmenschen belästigen. Doch das Gegenteil steht zu befürchten. Corporate Social Responsibility (CSR) ist überall im Schwange. Und wer ist wieder einmal Motor dieser Entwicklung? Natürlich, die Bertelsmann-Stiftung. Dort wurde ein eigenes CSR-Projekt installiert. Das Credo Nummer Eins des Projekts besteht in dem überstrapazierten Argument, dass es „ohne wettbewerbsfähige und erfolgreiche Unternehmen keinen gesellschaftlichen Wohlstand“ gebe. Credo Nummer Zwei lautet, dass die „gesellschaftliche Verantwortungsübernahme“ von Unternehmen in der Ära der Globalisierung „unverzichtbar“ als Ergänzung zum überforderten Sozialstaat sei.

Wichtig bei der Debatte um die vermeintlich unvermeidbare Partnerschaft zwischen Wirtschaft und öffentlicher Hand ist, sich vor Augen zu halten, dass sich der Umsatz der rund 1000 größten Industriekonzerne in Deutschland inzwischen auf fast 900 Mrd. Euro

im Jahr beläuft. Die gesamte, 49.000 Betriebe umfassende deutsche Industrie, die zu 98% aus Mittelständlern mit höchstens 500 Beschäftigten besteht, erzielt jährlich einen Umsatz von 1,3 Bio. Euro. Hingegen nimmt sich die Geldmacht, über die der Bund verfügt, nachgerade mickrig aus. Er wird im Jahr 2009 voraussichtlich über knapp 290 Mrd. Euro verfügen. Das (Geld)Machtverhältnis zwischen Wirtschaft und Bund verschiebt sich aufgrund steigender Umsätze immer deutlicher in Richtung Wirtschaft. Die Politik vermag sich anscheinend nur noch an der Hand des großen Bruders „Wirtschaft“ eine Gasse durch das Dickicht „Globalisierung“ zu schlagen. An der Hand genommen wird sie dabei nicht nur durch das CSR-Gebaren der Industrie mit ihrem Anspruch, so Dr. Gerd Placke von der Bertelsmann-Stiftung, durch die neue Partnerschaft „eine andere Qualität in der Erbringung sozialstaatlicher Leistungen“ zu erreichen. Die zweite Hand, die der Politik wohlwollend gereicht wird, lautet INSM-Initiative „Neue soziale Marktwirtschaft“. Zu den Beratern dieses neoliberalen Think Tanks, der ausschließlich Kapitalinteressen bedient, gehört zum Beispiel der zur CDU konvertierte, aus der SPD ausgetretene, ehemalige Grünen-Bundestagsabgeordnete Oswald Metzger.

Der Publizist, der seinem Internet-Porträt zufolge vor einem Jahr die Grünen verließ, da er „die auf dem Nürnberger Bundesparteitag beschlossenen wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen nicht länger mittragen“ wollte, stimmt gern den Gassenhauer vom freien Markt an, der sich abseits des Staats von selbst perfekt regelt. So schrieb Metzger in Bezug auf Managergehälter in einem Bericht für „The Wall Street Journal“: „Nicht der Staat ist zuständig für das, was Unternehmen ihren angestellten Managern zahlen, sondern vor allem deren Eigentümer und der Markt, auf dem Managergehälter ausgehandelt werden.“ Gekrönt wurde der Artikel mit Metzgers Fazit: „Wer Freiheit will, muss Ungleichheit ertragen – auch bei den Einkommen.“ ■



Evolution...